

2008

Infrarot

BLICK ÜBER DEN ZAUN

www.infrarot-berlin.de

INHALT

■ Standards

Blick über den Zaun
Inhalt / Impressum
Editorial

■ Schwerpunkt: Europa und Internationales

Zukunft Europa
Eine Frage der Erinnerung
Südamerika
Stop the Bomb!
Abrüstung jetzt!
Auf der grünen Linie

■ Zur Lage

Schöne neue Welt
Er gibt nicht auf
Ausbildungsnotstand herrscht weiter
Wenn die Bundeswehr

■ Sinnvolles

Filmkritik: Lemon Tree
Brigitte neue Freundin heißt Missy

■ Jusos Berlin

Ak Internationales
Europa AG
Wer? Wann? Wo? Kontaktdaten und Treffen der Jusos Berlin

■ Außen

LINKSWENDE 09 – Der Kongress.

Impressum

Herausgeber und Verlag:

1
2
3
Jusos in der SPD,
Landesverband Berlin
Müllerstraße 163
13353 Berlin

4
Telefon: (030) 4 69 21 35

6
Telefax: (030) 4 69 21 64

7
Email: info@jusos-berlin.de

8
Web: www.jusosberlin.de

Redaktion:

9
10
Ralf Hörschele Jan-Christopher
Rämer, Corinna Schwetasch,
Fabian Weißbarth

V.i.S.d.P.:

11
12
Eike Bruns, Juso-Landessekretär

Layout und Satz:

13
14
Ralf Hörschele

Druck:

16
Druckerei Conrad GmbH, Berlin

Das Kleingedruckte:

17
Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion oder des Herausgebers
wieder.

Bildnachweise:

18
19
20
aboutpixel (15) jusos berlin (19),
missy-magazine (17), photocase.com
(1: c-promo.de, 5: diedidi, 8: tac6,
12/13: prokop, 14: love&deathi..., 16:
dieana, 20: rebealk), privat (3),
willy-brandt-zentrum (11)

EDITORIAL

Von Anne Knauf, Juso-Landesvorsitzende Berlin

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

du hältst die nunmehr vierte Ausgabe der **Infrarot** in den Händen. Seit 2007 erscheint die **Infrarot** – die Verbandszeitung der Berliner Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) – mehrmals im Jahr. Hierin informieren wir interessierte Leserinnen und Leser über die politische Arbeit der Jusos in Berlin. Außerdem bietet diese Zeitung die Möglichkeit, politische Debatten innerhalb der Berliner Jusos anzustoßen.

Entsprechend haben wir im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament am 7. Juni 2009 den Schwerpunkt auf Europa und Internationales gelegt. Denn wir Jusos sind nicht die Nachwuchsorganisation der SPD. Wir verstehen uns als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband. Mit der SPD sind wir in kritischer Solidarität verbunden. Entsprechend nehmen wir für uns in Anspruch einen eigenständigen Juso-Wahlkampf zu führen. Hier werben wir innerhalb und außerhalb der SPD für unsere Ideen und Forderungen.

Selbstverständlich wollen wir unsere Themen und Forderungen gemeinsam entwickeln und miteinander diskutieren. Dies geschieht nicht nur in dieser Zeitung, sondern beispielsweise vor Ort in den Kreisverbänden, der kleinsten Gliederung der Berliner Jusos oder

den Arbeitsgemeinschaften bzw. Arbeitskreisen (AG oder AK) auf Landesebene (Kontakt zu deinem Kreis und den AGs/AKs findest du auf der letzten Seite der **Infrarot** oder unter www.jusosberlin.de). Auch der erweiterte Landesvorstand (eLV), der jeden 3. Donnerstag verbandsöffentlich im Kurt-Schumacher-Haus tagt, bildet ein Forum für politische Diskussionen im Verband. Auf der kommenden Landesdelegiertenkonferenz, die am 5. Dezember 2008 stattfinden wird (genauere Informationen findest du auf unserer Homepage www.jusosberlin.de), werden wir uns intensiv mit dem anstehenden Europawahlkampf und unseren Wahlkampf-schwerpunkten beschäftigen.

In dieser Ausgabe der **Infrarot** wird es jedoch nicht nur um Europa und den Wahlkampf um das neue Europaparlament gehen. Viele weitere spannende Artikel und Berichte findest du in diesem Heft. Ein Artikel beschäftigt sich mit der Aufarbeitung der Franco-Diktatur in Spanien. In einem anderen wird der Blick nach Südamerika gerichtet, genauer nach Kolumbien, wohin vor einigen Monaten eine Delegation der Berliner Jusos gereist ist. Im Anschluss an unsere Delegationsreise nach Israel entstand das Interview mit Yeliz Tolan, Projektkoordinatorin des Willy-Brandt-Zentrums in Jerusalem. Um die Themen Frieden und Abrüstung geht es auch in den Artikeln „Abrüstung Jetzt!“ von Cordula Drautz, IUSY-Vizepräsidentin, und



Stop the bomb – die Atombombe und der Iran. Weitere politische Herausforderungen wie die Finanzmarktkrise, die Bahnprivatisierung, die Ausbildungsplatzsituation oder der Bundeswehreininsatz im Inneren werden ebenfalls behandelt. Kulturelles soll auch diesmal nicht zu kurz kommen: Eine Rezension über die neue Frauenzeitschrift „Missy Magazin“ befindet sich ebenfalls in diesem Heft.

Wenn du Lust bekommen hast, uns Jusos kennen zu lernen und dich bei uns engagieren möchtest, dann wende dich am besten an deinen Kreisverband (die Kontaktdaten findest du auf der letzten Seite).

So, jetzt erstmal viel Spaß beim Lesen!

Mit sozialistischen Grüßen

Anne Knauf

ZUKUNFT EUROPA

Herausforderungen vor dem Wahlkampf um das neue Europaparlament

Von Anne Knauf, Juso-Landesvorsitzende Berlin

Im Zuge der globalen Finanzkrise und sich verschärfender Verteilungskämpfe außerhalb aber auch innerhalb Europas müssen neue, soziale Antworten auf drängende gesellschaftliche Fragen gefunden werden. Besonders die Wahlkampfzeit um das Europaparlament ist dazu geeignet, verschiedene Problemlagen und Lösungsansätze gegeneinander zu stellen und zu diskutieren. Unser Ziel ist klar: ein soziales, gerechtes, friedliches Europa!

Europa in der Krise

Die Ablehnung der Verfassung bzw. des Vertrags von Lissabon zeigen nicht etwa die Schwäche von einem Mehr an direkter Demokratie, sondern vielmehr die Skepsis der Menschen gegenüber einer Europäischen Union, in der sie Entscheidungen nicht mehr nachvollziehen können. Eine undurchsichtige Kompetenzverteilung und die Tendenz von Politikerinnen und Politikern, die unterhalb dieser Ebene in den Nationalstaaten Politik machen, unbequeme Entscheidungen mit Verweis auf die EU durchzusetzen, haben die EU in Misskredit gebracht. Nur gemeinsam können Politikerinnen und Politiker zusammen mit den Medien durch eine wahrheitsgetreue Kommunikation dieses Defizit wieder beheben. Allerdings ist dazu vor allem gute Politik notwendig, die den Menschen inhaltliche Gründe liefert, um weiterhin an das Projekt Europa zu glauben und sich

für dieses einzusetzen. Hierfür muss die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU sichergestellt werden, die durch die Verfassung und den Lissabon-Vertrag hätte erreicht werden sollen. Die Bürgerinnen und Bürger haben diesen Regelwerken auch deshalb eine Absage erteilt, weil sie die EU im Bereich der Sozialpolitik nicht gestärkt hätten. Damit ist einmal mehr bewiesen worden: Die Menschen in Europa wollen eine soziale Europäische Union! Für sie wollen wir als Berliner Jusos im Wahlkampf streiten und sie nach den Wahlen in und mit der SPE durchsetzen.

Das soziale Europa endlich verwirklichen

Einheitliche soziale Mindeststandards sind für ein Europa mit sozialem Antlitz unerlässlich. Nach wie vor gibt es erhebliche Unterschiede beispielsweise im Bereich der Kranken- und Arbeitslosenversicherung oder auch des Lohnniveaus, um nur einige Punkte zu nennen. Die Stärkung der europäischen Betriebsräte und gesetzliche Mindestlöhne sind dabei Instrumente, Lohnspreizung und -dumping einzudämmen. Darüber hinaus sind jedoch auch Sozialkorridore notwendig, die garantieren, dass die Steigerung der Ausgaben für Sozialleistungen an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gekoppelt ist und damit wirtschaftlicher Erfolg zu einem besseren Leben für alle Menschen führt.

Nach wie vor beschränkt sich

die Zusammenarbeit in der EU vor allem auf den wirtschaftspolitischen Bereich. Aber nur mit einem sozialpolitischen Profil, das seinen Namen verdient, ist eine breite Akzeptanz der Menschen gegenüber der Europäischen Union auch langfristig zu erreichen. Gleiches gilt für eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

Gleichstellung voranbringen

In einigen Mitgliedstaaten sind die Politiken zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter bereits wesentlich weiter fortgeschritten als beispielsweise in Deutschland. Vorbildcharakter besitzen hier die Skandinavischen Länder, die zum Teil über Quotenregelungen qualifizierten Frauen den Zugang zu Führungspositionen eröffnet haben. Auch ist das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen weitaus geringer, das bei uns mit knapp 25% zu Buche schlägt. Speziell in diesem Bereich müssen auf europäischer Ebene gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern endlich zu überwinden.

Der Bologna-Prozess - wo bleibt der europäische Hochschulraum?

Der mit der Erklärung von Bologna gestartete, gleichnamige Prozess zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums sollte diesen bis 2010 schaffen. Nach





über neun Jahren Reformprozess hat sich besonders in Deutschland viel getan, der europäische Hochschulraum, der Studierenden uneingeschränkte Mobilität versprach, lässt indes weiter auf sich warten. Zwar steht nun überall Bachelor und Master drauf, jedoch verbergen sich hinter diesen Etiketten ganz unterschiedliche Inhalte. Die Freizügigkeit der Hochschulangehörigen ist jedenfalls auch 2009 noch immer nicht gegeben.

Festung Europa - weg mit den Mauern

Jeden Monat versuchen tausende Menschen vor Armut, Hunger, Verfolgung, Unterdrückung oder andern Gründen unter Lebensgefahr nach Europa zu fliehen. Sie hoffen hier auf Sicherheit und ein besseres, menschenwürdiges Leben für sich und ihre Kinder. Anstatt diesen Menschen Schutz

und eine Perspektive zu gewähren, werden sie an den EU-Außengrenzen abgefangen und zurückgeschickt. Die seit 1993 auch mit den Stimmen der SPD-Bundestagsfraktion eingeführte so genannte Drittstaatenregelung verwehrt denjenigen in Deutschland Asyl, die über einen sicheren Staat nach Deutschland eingereist sind. Wir Jusos machen uns für die Wiedereinführung des Grundrechts auf Asyl stark. Immer höhere Mauern um Europa und eine mangelhafte europäische Außen- und Handelspolitik gehen zu Lasten der Schwächsten. Doch gerade diese Menschen sind auf unsere Solidarität und unseren Schutz angewiesen. Eine „Festung Europa“ kann daher nicht die Antwort auf sich global verschärfende Verteilungsfragen sein!

Frieden schaffen - ohne Waffen

Europa rüstet jedoch nicht nur an den Außengrenzen auf, um Flüchtlinge an der Einreise zu hindern, auch in außereuropäischen Konflikten nehmen verschiedene Mitgliedstaaten an militärischen Einsätzen teil. Ob diese Einsätze (zum Beispiel in Afghanistan oder Irak) jemals zu einer Stabilisierung und Befriedung dieser Länder führen, ist höchst zweifelhaft. Darüber hinaus sind die umfangreichen Abrüstungsbemühungen des vergangenen Jahrzehnts heute anscheinend kein Thema mehr. Konflikte erkennen und sich für ihre zivile Lösung einsetzen, das ist der Anspruch den wir Berliner Jusos an eine progressive, linke Politik auch und gerade auf europäischer Ebene haben. Diesem Anspruch ist das in den vergangenen Jahren mehrheitlich konservative Europa nicht gerecht geworden. Zeit also, dass sich die Mehrheitsverhältnisse ändern und Europa die Friedensmacht wird, die es so gerne sein möchte!

Europa kann mehr, linke Mehrheiten sind zwar keine Garantie aber eine Grundvoraussetzung für fortschrittliche, sozial gerechte Politik! Wir wollen uns dafür einsetzen, diese Mehrheiten im europäischen Parlament zu erkämpfen und gleichzeitig unsere Forderungen und Ideen mit den WählerInnen auf der Straße aber auch mit den KandidatInnen zu diskutieren und sie zu überzeugen.

EINE FRAGE DER ERINNERUNG

Zum spanischen Umgang mit der eigenen jüngeren Vergangenheit

Von Christian Egener, Sprecher des Arbeitskreises "Internationales"

Fast 70 Jahre nach dem Ende eines mörderischen und brutalen Krieges und 33 Jahre nach dem Ende der faschistischen Diktatur sollen deren Protagonisten angeklagt und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt werden.

Was aus einer deutschen Perspektive als reichlich verspätet anmutet, lässt derzeit in Spanien die Gemüter kochen. Ermittlungsrichter Baltasar Garzón bricht mit der jahrzehntelangen Haltung der SpanierInnen, den friedlichen Übergang zur Demokratie (transición) nicht durch eine juristische Aufarbeitung der Verbrechen des Franco Regimes zu gefährden. Rechtlich steht der Vorstoß des Richters in Spanien allerdings auf dünnem Eis, wurde doch im Zuge der transición 1977 eine Amnestie für alle politisch motivierten Gewalttaten erlassen, die während des Bürgerkriegs und der Diktatur verübt wurden.

Die Strategie der transición war nach den Maßstäben der Zeit das wahrscheinlich beste Mittel um das lange von der Franco-Diktatur unterdrückte und diffamierte „Andere Spanien“ mit den reformwilligen konservativen Kräften friedlich zu versöhnen. Daraus folgte aber auch, eine Aufarbeitung des Bürgerkriegs und seine Folgen auszusparen und, entgegen dem von der Franco-Diktatur propagierten Kreuzzug für Gott und Spanien, die jüngere spanische Geschichte als eine nationale Tragödie aller SpanierInnen anzusehen. Bereits damals war den politischen Verant-

wortlichen aller Parteien klar, dass sie von den Opfern und Angehörigen der republikanischen Seite mehr Konsens und Stillschweigen abverlangten, als von der Franquisten.

Blieb also die Erinnerungsarbeit an die Opfer des spanischen Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur von offizieller Seite lange vernachlässigt, änderte sich mit Beginn des neuen Jahrtausends die Haltung der Bevölkerung dem Thema gegenüber grundsätzlich. Bürgerinitiativen zur Auffindung der immer noch als vermisst geführten Opfer (ca. 140 000) der franquistischen Erschießungskommandos, wie die des Lokalreporters Emilio Silva aus León, erhielten einen enormen Zulauf und machten sich an die Öffnung von Massengräbern aus dem Bürgerkrieg und der Diktatur. Ausgehend von León breiteten sich diese Initiativen auf das ganze Land aus. Parallel dazu gründeten sich weitere Bürgerinitiativen, die für eine Beseitigung der verbliebenen Symbole der Diktatur auf den Plätzen und Straßen der Dörfer und Städte Spaniens eintraten. So wurde z.B. das Reiterstandbild Francos in Madrid auf deren Druck 2005 entfernt.

In der politischen Landschaft Spaniens führte das neu erwachte Interesse an dem Bürgerkrieg und der Diktatur zum Ende des Konsens der politisch Verantwortlichen über den Umgang mit der nationalen Vergangenheit. Während die konservative Partido Popular sich immer deutlicher gegen jede

weitere Aufarbeitung des Bürgerkriegs und der Diktatur stemmt, hat die sozialistische PSOE bereits vor der Machtübernahme von José Zapatero 2004 die Frage der Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer Francos auf die Tagesordnung gesetzt. Auch wenn dieses Projekt erst in der zweiten Amtszeit angegangen werden konnte, sollen nun die Opfer vollständig rehabilitiert und wenigstens teilweise entschädigt werden. Außerdem kann ehemaligen Angehörigen der Internationalen Brigaden die spanische Staatsbürgerschaft zuerkannt werden.

Auch wenn es eher unwahrscheinlich ist, dass es wirklich einen Prozess gegen Franco und Co. geben wird, bleibt die wichtige Errungenschaft, dass man in Spanien bereit ist, sich wieder der Opfer des Bürgerkriegs und der Franco Diktatur zu erinnern. Ihnen wird damit der Platz in der Geschichte des Landes eingeräumt, der ihnen gebührt: Als VorkämpferInnen jenes modernen und demokratischen Spaniens, zu dem sich das Land nach dem Ende der Diktatur entwickelt hat. Vollkommener könnte die Niederlage Francos und seiner Schergen nicht sein.

NO PASARÁN!

Weiterführende Literatur:

Pierre Broué, Emile Témime: Revolution und Krieg in Spanien; Suhrkamp Verlag

Walter L. Bernecker, Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerung, Der spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2006; Graswurzelrevolution

KOLUMBIEN

Das Land, in dem es leichter ist eine illegale Gruppierung zu gründen als eine Gewerkschaft

Von Alexandra Tost

„Am meisten quält mich die Frage nach dem Por qué – dem Warum“ – sagt eine Frau aus Barrancabermeja, die an einem Workshop für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen teilnimmt. In der Hand hält sie das Foto ihres Sohnes, der im Mai 1998 in einem von Paramilitärs durchgeführten Massaker ermordet wurde. Der damals 17-Jährige war in der Organización Femenina Popular aktiv, der größten Frauenorganisation Kolumbiens.

Dieser Fall ist exemplarisch für die Situation in Kolumbien. Systematisch werden Mitglieder sozialer, gewerkschaftlicher und oppositioneller Organisationen ermordet, bedroht, gefoltert und auch juristisch verfolgt. All diese Maßnahmen, die kolumbianische sowie internationale Menschenrechtsorganisationen massiv anklagen, werden mit der absolut unberechtigten Behauptung „legitimiert“, es handele sich bei den Opfern um Unterstützer der Guerillas.

Vor genau 60 Jahren begann in der Hauptstadt Bogotá mit dem Mord an einem Präsidentschaftskandidaten einer der heute ältesten bewaffneten Konflikte. Dabei handelt es sich um einen sozialen Konflikt, der nicht nur zwischen den bewaffneten Akteuren Paramilitärs, Guerrillas und Militär ausgetragen wird. Opfer ist die Zivilgesellschaft. Hauptakteur sind dabei nicht die Guerillas, wie es im Rest der Welt oft angenommen und vor allem in den kolumbianischen Medien

dargestellt wird. Für den größten Teil sind die rechtsextremen Paramilitärs verantwortlich, welche in einem von Präsident Alvaro Uribe Velez initiiertem Scheinprozess bereits vor vier Jahren angeblich den bewaffneten Kampf aufgegeben haben. Dieser Prozess mit dem Namen Justicia y Paz (Gerechtigkeit und Frieden) ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Opfer, da er den Mördern von teilweise 200 Menschen Strafen von gewöhnlich nicht mehr als 3 Jahren beschert, sondern auch deshalb eine Posse, da genau die gleichen Täter heute unter den Namen anderer Gruppen, wie beispielsweise der Aguilas Negras (Schwarze Adler), weiter foltern, bedrohen und morden.

Kolumbien gilt heute als das gefährlichste Land weltweit für Gewerkschafter. Von dieser Situation konnte sich auch die Berliner Jusodelegation überzeugen, die im März dieses Jahres in Bogotá an dem Austausch mit den kolumbianischen Jugendorganisationen der Linkspartei Polo Democrático Alternativo und dem sozialdemokratischen Partido Liberal teilnahm. Bei dem Besuch des zentralen Gewerkschaftsbundes CUT staunten wir über die vielen Schwarz-Weiß-Fotos von ermordeten Kolleginnen und Kollegen. Später wurden uns die Auswirkungen dieses ökonomischen und politischen Systems von den Blumenarbeiterinnen und -arbeitern von UNTRAFLORES vor Augen geführt. Kündigung bei Krankheit, Bedrohung und Mord bei

gewerkschaftlicher Tätigkeit, zwölfstündige Arbeitstage, keine Schutzmaßnahmen oder Arbeitsbekleidung – das sind nur einige der Umstände, unter denen nicht nur die Blumenarbeiterinnen und -arbeiter, sondern viele Kolumbianerinnen und Kolumbianer leiden. Viele der größten Unternehmen sind ausländischer Herkunft und verantworten neben der Ausbeutung der Arbeiter auch brutale Vertreibungen der Landbevölkerung zur Erschließung von neuem Territorium, unter anderem zum Anbau von Ölpalmen, deren Produkte als Biokraftstoffe in europäischen Autotanks verheizt werden.

Trotz der massiven Unterdrückung gibt es viele mutige Menschen, die sich für eine Verbesserung der Situation einsetzen. Dabei hilft ihnen vor allem die internationale Unterstützung. Sie äußert sich in finanzieller Form, aber auch durch Verbreitung wahrer Informationen und in Form physischer Begleitung, wie es beispielsweise die jungen Europäerinnen und Europäer des International Peace Observatory machen. Diese Kämpferinnen und Kämpfer wollen die Hoffnung nicht aufgeben, dass die Gründe für die so offensichtliche Antwort auf die Frage nach dem Por qué irgendwann durch eine Änderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse aufgehoben werden.

STOP THE BOMB!

Jusos und LAK Shalom der Linksjugend veranstalten erfolgreiche Podiumsveranstaltung mit dem Politikwissenschaftler und Autor Matthias Küntzel zum islamischen Antisemitismus im Iran.

Von Fabian Weißbarth, stv. Juso-Landesvorsitzender



Am 31. 10 startete in der Kreuzberger Kinderstiftung die Veranstaltungsreihe zum Thema Antisemitismus – gemeinsam organisiert vom LAK Shalom der Linksjugend und den Jusos Berlin. „Den Wahn erkennt natürlich niemand, der ihn selbst noch teilt“, zitiert der Politikwissenschaftler Matthias Küntzel den bekannten Ausspruch Sigmund Freuds und kritisiert damit die ignorante Haltung Deutschlands gegenüber der iranischen Mullah-Diktatur und den Kulturrelativismus und Antizionismus der deutschen Linken. Immer wieder hat das iranische Mullah-Regime angekündigt Israel vernichten zu wollen – in der UN-Vollversammlung leugnete Ahmadinedschad den Holocaust und bekam dafür noch Beifall. Während laut einer aktuellen Studie jeder Dritte Israeli für den Fall einer iranischen Atombombe angibt, auswandern zu wollen, schweigt man indessen in Deutschland demonstrativ. Zwar predigt Angela Merkel

fleißig die Solidarität zu Israel, gleichzeitig haben deutsche Unternehmen ihre Exporte in den Iran massiv ausgeweitet. So betont Küntzel das Deutschland mittlerweile zum zweitwichtigsten Handelspartner des Irans geworden ist. Diese Entwicklung war politisch gewollt,

denn die von Schröder und Fischer geführte Bundesregierung ließ die staatlichen Risikoübernahmen für Betriebe, die im Iran investierten, jährlich erhöhen. 2004 noch feierte der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement die Ausfuhrgeleistungen als eine „herausragende Rolle für den deutschen Export“. Erst kürzlich hat die Siegerner Firma Steiner einen 100 Millionen Euro-Vertrag über den Bau drei neuer Gasverflüssigungsanlagen im Iran abgeschlossen. Der Staatssekretär und CDU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Schauerte hat sich dabei aktiv für diesen Deal eingesetzt. Das Mullah-Regime ist abhängig von deutschem Know-How und profitiert vom „Schutzschild“ Deutschland – schließlich ist der Energiesektor die Machtbasis der Mullah-Diktatur. Von der SPD, so waren sich die rund 50 TeilnehmerInnen einig, muss mehr Druck ausgehen, gerade auch um einen drohenden militärischen Kon-

flikt abzuwenden. Doch warum ist der Iran so unberechenbar? Der Antisemitismus, so Küntzel, ist immer treibendes Moment der Mullahs gewesen. Dieser Antisemitismus ist ein Produkt aus dem „modernen“ Antisemitismus der westlichen Welt und dem Antijudaismus des Frühislams. Besonders interessant erschien dem Publikum dabei der Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus und der Ausbreitung des Antisemitismus in der islamischen Welt. In relevanten Schriften findet eine Anknüpfung an eine religiöse Mission, an Paradiesglauben und Märtyreri-ideologie statt. Dies macht diesen islamischen Antisemitismus so gefährlich. „Hier wird der Judenhas der Nazis mit dem spezifischen Furor des Religionskrieges vereint“, konstatiert der Gewinner des „Großen Preises“ des London Book-Awards. Ahmadinedschad bezeichnet die Vernichtung Israels als die Befreiung der Menschheit. In seiner Rede anlässlich des Khomeini-Gedenktages sagt er: „Geliebter Imam Khomeini. Du sagest, dass das zionistische Regime ... ein Krebstumor sei, das man von der Landkarte löschen müsse. ... Dank der Gnade Gottes wird dein Wunsch bald materialisiert und das korrupte Element von der Landkarte gelöscht sein.“

Stell dir vor, jemand kündigt einen Holocaust an und keiner hört zu?

www.stopthebomb.net

ABRÜSTUNG JETZT!

Kampagne für neue Friedensinitiativen in Deutschland und Europa

Von Cordula Drautz, IUSY-Vizepräsidentin

Den Frieden auf der Welt zu sichern ist nicht das einzige, wohl aber eines der wichtigsten Anliegen von SozialistInnen weltweit. „Der Friede ist nicht alles, aber ohne den Frieden ist alles nichts“ hat Willy Brandt deshalb zutreffend formuliert.

SozialistInnen haben das Bekenntnis zu Frieden nie als schmucken Fahnenspruch betrachtet, sondern es stets praktiziert. In solidarischen Aktionen gegen Ausbeutung in den Fabriken, im gemeinsamen Widerstand vor Verfolgung und Ermordung, im Kampf gegen den Faschismus.

Wir wissen sehr genau: Frieden zu schaffen ist eine dauernde Aufgabe. Nukleare Aufrüstung, die drohende Verwendung von Kernwaffen als Mittel der Kriegsführung, präventive Militäreinsätze und terroristische Aktivitäten bedrohen den Frieden erneut. Die Ausfuhr und Verbreitung von Kriegswaffen, der Aufbau von Rüstungsindustrien aus Profitinteressen und die Verhinderung von wirksamen Kontrollen rücken Friedenspolitik daher erneut ins internationale Blickfeld.

Weltweit stiegen die Militärausgaben in den letzten zehn Jahren um 37 Prozent auf über 1.200 Milliarden US\$. In Deutschland ist das Ausfuhrvolumen der Rüstungsindustrie um 20 Prozent auf 7,7 Mrd. Euro gestiegen. Waffen werden in Krisengebiete verkauft. Über 32.000 atomare Sprengköpfe lagern auf der Welt, davon allein in Deutschland zwei Dutzend aus US-

Beständen. 875 Millionen Kleinwaffen sind weltweit im Umlauf, denen jährlich 500.000 Menschen zum Opfer fallen.

Abrüstung scheint nicht nur konzeptionell als politisches Steuerungsinstrument gegen Konflikte und als Grundlage für einen globalen Frieden in Vergessenheit zu geraten. Auch schwindet zunehmend die Bedeutung und die Kraft internationaler Verträge und Abrüstungsregime. Der Vertrag zur Beschränkung von Raketenabwehrsystemen ist bereits gekündigt, der universelle Weltraumvertrag hat einen aussichtslosen Stand, der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen ist in den Grundfesten erschüttert. Statt neuen Abrüstungsinitiativen Kraft zu geben, konzentriert sich die Politik darauf, Rüstungsprojekte effizienter zu gestalten, zum Beispiel durch die neu eingerichtete Europäische Rüstungsagentur. Die Zahlen der letzten Jahre zeigen, dass immer mehr Waffen, vor allem auch in der Europäischen Union, produziert werden. Der Handel und die Ausgaben für Waffen steigen flächendeckend – egal ob Industrie- oder Entwicklungsland.

Es ist daher an der Zeit, die Partnerschaft mit der Friedensbewegung aufzufrischen und uns international für Abrüstung stark zu machen.

Abrüstung jetzt! - Friedenskontinent Europa

Bereits in der Debatte um die

Europäische Verfassung haben wir kritisiert, dass Abrüstung keine Rolle spielt und statt dessen die europäische Sicherheitspolitik auf den Aufbau einer waffenstarken Friedensmacht Europa setzt. Unser Ziel am Vorabend der Europawahl ist es, Abrüstung wieder als europäisches Ziel auf dem Weg zu einer friedlicheren Welt zu verankern. Europa sollte sich ein Beispiel an Lateinamerika nehmen und der zweite atomwaffenfreie Kontinent auf der Welt werden.

Abrüstung jetzt! - Kleinwaffen reduzieren

Die echten Massenvernichtungswaffen sind heute nicht A, B oder C Waffen, sondern Klein- und Leichtwaffen. In allen Krisen und Konflikten sind sie in millionenfacher Menge zu finden. Täglich sterben über 500 Kinder durch ihren Einsatz. Das Abrüstungsziel der Vereinten Nationen bleibt bei einer Kennzeichnungspflicht für Kleinwaffen stehen. Das reicht nicht aus. Ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen kämpft seit längerem für eine internationale und rechtliche Eindämmung von Kleinwaffen. Wir unterstützen diese Bemühungen und fordern ein weltweites Verbot von Klein- und Leichtwaffen.

Abrüstung jetzt! - Atomwaffenarsenale verringern

Nach dem Ende des Kalten Krieges scheint die Überzeugung zu Fortsetzung auf Seite 10

schwinden, dass die Atomwaffen-Arsenals verringert und die Nicht-nutzung kategorisch festgeschrieben werden muss. Statt dessen nehmen die USA, die NATO, Russland und andere Nuklearwaffen wieder in ihre Sicherheitskonzepte auf. Vertragsvereinbarungen, Nichtverbreitungsregime und internationale Kontrollen verlieren stetig an Kraft und Überzeugung. Hinzu kommt die mögliche Verwendung von nuklearem Material als „schmutzige Bombe“. Atomwaffen müssen aus

den Waffenarsenalen der Welt endgültig verschwinden und die Nutzung von Atomkraft kontrolliert werden.

Abrüstung jetzt! - Rüstungsproduktion und - exporte begrenzen

Wer Frieden schaffen will, muss verhindern, dass immer mehr Waffen produziert und in Umlauf gebracht werden. Wir wollen ein weltweites Nichtverbreitungsregime,

das die Produktion, den Verkauf und die Handel von Waffen zunehmend kontrolliert und eindämmt. Eine Industrie, die von Rüstungsgütern lebt, trägt zu Gewalt und Krieg auf der Welt bei.

Mit der Kampagne Abrüstung jetzt! (<http://abruestung-jetzt.jusos.de>) wollen wir das Thema zurück in die Öffentlichkeit bringen. Friedenspolitik benötigt wieder größere Aufmerksamkeit – inner- und außerhalb der SPD.

AUF DER GRÜNEN LINIE

Online-Interview mit Yeliz Tolan, Projektkoordinatorin des Willy-Brandt-Zentrums in Jerusalem

Interview: Jan-Christopher Rämmer, stv. Juso-Landesvorsitzender

JR: Wie lange lebst du jetzt schon in Jerusalem?

YT: Ich arbeite seit August 2007 im Willy Brandt Center und lebe seitdem auch in Jerusalem.

JR: Hast du lange gebraucht dich daran zu gewöhnen in einem Land zu leben in dem Sicherheitskräfte und Waffen eine andere Präsenz als in Deutschland

haben? Stumpft man diesbezüglich ab?

YT: Ich musste mich in den ersten Monaten an viele Dinge gewöhnen. So zu Beispiel auch die israelische und palästinensische Kultur, die unterschiedliche Arbeitsweise oder auch die Tatsache, dass der Konflikt hier alles durchzieht. Die starke militärische Präsenz bzw. die Präsenz von Waffen ist natürlich

auch ein Punkt. Wenn man in Israel in ein Café oder in den Supermarkt geht, muss man als erstes seine Tasche durchsuchen lassen. In Jerusalem gab es in diesem Jahr mehrere Anschläge bei denen Zivilisten mit PKWs oder Bagger angegriffen wurden. Natürlich wird die Militärpräsenz in den Straßen nach solchen Anschlägen erhöht.

Genauso muss man sich an die

Checkpoints und den Umgang mit Palästinensern durch die israelische Armee gewöhnen.

Ich persönlich bin mit der Zeit definitiv abgestumpft auch weil es die tägliche Arbeit erleichtert. Das fällt mir immer besonders stark auf, wenn ich Gruppen betreue, die das erste Mal in der Region sind und denen diese Tatsachen noch sehr nahe gehen.

JR: Wie trägt sich der Konflikt in die tagtägliche Arbeit im Willy Brandt Center?

YT: Natürlich ist der Konflikt besonders in unserer täglichen Arbeit allgegenwärtig. Es fängt bei organisatorischen Schwierigkeiten an. Israelis ist es verboten in die Westbank zu fahren und Palästinenser aus der Westbank können nicht nach Jerusalem können. Dies bedeutet, dass wenn wir versuchen gemeinsame Veranstaltungen im Willy Brandt Center zu organisieren müssen wir für die Palästinenser besondere Genehmigungen beantragen. Delegationsfahrten nach Deutschland sind ebenfalls eine besondere Herausforderung, weil die palästinensischen Teilnehmer ab Jordanien fliegen und umfangreiche Visa Prozeduren durchlaufen müssen. Genauso muss man damit umgehen, dass aktive Israelis mehrere Wochen jedes Jahr zum Reservedienst müssen.

Darüber hinaus macht es der politische Alltag nicht gerade einfach Beziehungen und Kontakte

zwischen Israelis und Palästinensern, die sehr zerbrechlich sind, aufrecht zu erhalten.

JR: Wo liegt die große Stärke des WBZs?

YT: Die größte Stärke des Willy Brandt Centers liegt in der Partnerschaft zwischen den Jugendparteien, die seit über zwölf Jahren besteht und die sich auf gemeinsame sozialdemokratische Werte beruht. Diese Partnerschaft ist trotz der politischen Lage, die noch nie so schwierig war, bestehen geblieben und sogar stärker geworden. Über die Jahre hat sich eine Vertrauensbasis entwickelt, die es möglich macht, dass das Willy Brandt Center zu einem geschützten Raum der Begegnung geworden ist. Israelis und Palästinenser werden in vielen Fällen von ihren eigenen Gesellschaften dafür kritisiert, dass sie sich mit der jeweils anderen Seite treffen. Das Willy Brandt Center bietet ihnen den sicheren Rahmen.

Darüber hinaus bin ich sehr stolz darauf, dass wir unsere Aktivitäten ausweiten. Neben Jerusalem, haben wir Aktivitäten in Tel Aviv und umfangreiche Programme in der Westbank zu Stärkung und politischen Bildung unserer Partner.

JR: Auf was freust du dich immer am meisten bei deinen Besuchen in Deutschland? Und welche Dinge siehst du mittlerweile mit anderen Augen?



Yeliz Tolan

YT: Das Essen! Auch wenn die Küche in der Region gut und vielfältig ist, freue ich mich doch immer besonders auf die Sachen, die zu Hause am besten schmecken. Darüber hinaus gibt es Dinge, die mir immer erst auffallen, wenn ich in Deutschland bin. Zum Beispiel, dass in Jerusalem der Konflikt 24 Stunden präsent ist und es gut ist, mal durch zu atmen.

Ein weiterer Punkt, der mir immer wieder auffällt, ist, dass in Deutschland der Konflikt oft noch in schwarz und weiß gesehen wird. Wenn ich etwas während meiner Arbeit gelernt habe, dann, dass dieser Konflikt sehr komplex ist und man sich keine wirkliche Meinung bilden kann, wenn man die Region nicht mal besucht hat.

SCHÖNE NEUE WELT

Politische Lehren aus der Finanzmarktkrise

Von Ruppert Stüwe, stv. SPD-Kreisvorsitzender Steglitz-Zehlendorf

Spätestens seitdem die Bundesregierung auch über den deutschen Banken einen Rettungsschirm aufgespannt hat, ist klar, dass die Finanzmarktkrise hierzulande mit aller Deutlichkeit angekommen ist. Aus überdimensionierten Immobilien, die von amerikanischen Familien im Glauben an eine immer währende Wertsteigerung gekauft und deren Schulden von Investmentbanken in handelbare Wertpapiere zusammengefasst worden waren, ist eine weltweite Vertrauenskrise der Banken geworden. Deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft mittlerweile deutlich zu spüren sind.

Die letzten Monate haben einer breiten Öffentlichkeit die schöne neue Welt vielfältiger Finanzprodukte vor Augen geführt. Ziel dieser Produkte ist es möglichst viel auf den Finanzmärkten handelbar zu machen und somit immer neue Möglichkeiten der Kapitalanlage zu schaffen. Das Auslagern der Risiken aus den Bilanzen, wie es zum Beispiel die IKB und die Sachsen LB mit ihren Tochtergesellschaften gemacht haben, hat deutlich gezeigt, was die Orientierung auf die Eigenkapitalrendite mit sich bringt. Schlau schienen diejenigen zu sein, die ihre Geschäfte dort machten, wo das Risiko nicht mit Eigenkapital hinterlegt werden musste. So lange alles gut ging, konnten sie ihre Rendite erhöhen und ihr dafür eingesetztes Kapital so gering wie möglich halten. Zudem hat sich gezeigt, dass im derzeitigen Finanzierungssystem Risiko vollkommen

falsch beurteilt wird. Keine der Ratingagenturen hatte einen möglichen flächendeckenden Zusammenbruch des Marktes für Immobilienkredite in ihre Risikobewertung aufgenommen.

All' dies hat jetzt zu einer Diskussion um eine verbesserte Regulierung des weltweiten Finanzierungssystems geführt. Zudem ist die Erkenntnis gewachsen, dass Politik doch nicht so machtlos ist, wie sie sich lange Zeit selbst gemacht hat. Denn das Fehlen einer angemessenen Regulierung muss sich die Politik selbst zurechnen.

Doch diese Entwicklungen sind kein Betriebsunfall. Der Kapitalismus ist in den letzten Jahrzehnten flexibler geworden. Eine wachsende Anzahl von Bereichen wurde marktwirtschaftlichen Logiken unterworfen. Dabei war nicht Gier die treibende Kraft, sondern die Notwendigkeit das eigene Kapital zu verwerten. Doch je flexibler der Kapitalismus ist, desto anfälliger ist er für sich selbst verstärkende Prozesse, wie das Entstehen von wirtschaftlichen Blasen. Die Ausrichtung auf kurzfristige Renditeziele beschleunigt dabei die Krisen. Denn sie zwingt alle dazu, dem Markt schnell zu folgen, um nicht abgehängt zu werden. Längerfristige Stabilität gibt es vor allem dort, wo nicht der Verwertungsgrad des eingesetzten Kapitals der vorrangige Maßstab ist. Dies sollte – neben den konkreten Bemühungen um eine bessere Regulierung des Finanzmarktes – die politische Lehre aus der derzeitigen Krise

sein. Allerdings hilft hier kein moralischer Appell, sondern nur konkrete Politik. Im Finanzsektor sind Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein Beispiel dafür, wie es gehen kann. Hier sind es die spezifischen Eigentümer, die langfristige Stabilität als Interessen verfolgen, weil sie auf ihre Bank vor Ort angewiesen sind. Die betriebliche Mitbestimmung ist ein weiterer Punkt, denn im Gegensatz zu den Kapitalmarktakteuren sind die ArbeitnehmerInnen stark am langfristigen Erfolg interessiert.

Kurzum beides ist kurzfristig notwendig: Zum einen die enge Kontrolle der Kapitalmärkte. Zum anderen müssen wir einem immer flexibleren Kapitalismus durch entsprechende Regulation endlich wieder Stabilität zufügen.



ER GIBT NICHT AUF

Trotz Finanzmarktkrise - Teile der Bahn sollen verkauft werden.

Von Ralf Höschele, stv. Juso-Bundesvorsitzender

Als Chef der Deutschen Bahn AG könnte man zurzeit zum Anhänger von Verschwörungstheorien werden: Da arbeitet man als Hartmut Mehdorn jahrelang auf den Börsengang hin und kämpft trotz aller Widrigkeiten dafür, dieses Lebenswerk zu vollenden.

Kein Aufwand wird gescheut: Rücklagen werden abgeschmolzen, die Infrastruktur vernachlässigt, Politiker und Gewerkschaftsvorsitzende werden im BahnVorstand auf lukrativen Stellen untergebracht, ein eskalierender Flügelstreit in der SPD wird überstanden. Selbst die größte Bahn-Gewerkschaft befürwortet den Börsengang und stellt die Interessen der Beschäftigten hintenan.

Dann endlich, das Ziel erscheint greifbar nahe: SPD-

Parteirat, Bundesregierung und schließlich Bundestag beschließen den Börsengang der Bahn, im Expresstempo werden die Vorbereitungen getroffen und nun könnte die Bahn im Oktober 2008 eigentlich endlich an die Börse gehen.

Doch dann: Finanzmarktkrise, der vorhergesagte Erlös schmilzt auf 3 Mrd. Euro zusammen. Die Politik verschiebt den Börsengang. Und nun werden die ganzen für den Börsengang verdrängten Probleme der Bahn sichtbar:

Die gebrochene ICE-Ratachse von Köln stellt sich doch als größeres Problem dar, die Sicherheit der modernsten Hochgeschwindigkeitszüge ICE-3 und ICE-T lässt sich nicht garantieren. Die Züge müssen aufwändig untersucht werden und fallen für Monate aus. Die Bahn erwägt sogar, TGV als Ersatz einzusetzen.

Die deutschen Schnellstrecken sind unsicher - davon ist zumindest das Regierungspräsidium Kassel überzeugt. Nicht zu vergessen die umstrittenen Bonuszahlungen und Gehaltserhöhungen für den Bahnvorstand, die einem Staatssekretär bereits den Job gekostet haben (nicht jedoch Mehdorn).

Und auch die gewerkschaftliche Unterstützung des Börsengangs durch Transnet lässt sich nicht mehr länger aufrechterhalten: Vor dem Gewerkschaftstag sah sich der Tansnet-Vorsitzende zum Rückzug gezwungen, der Widerstand an der

Basis wurde einfach zu groß.

Doch die SPD steht nach wie vor zur Teilprivatisierung der Bahn. Auch wenn ein Börsengang aktuell auf absehbare Zeit unrealistisch ist: Noch in dieser Wahlperiode sollen Bahnanteile veräußert werden.

Um trotz der wirtschaftlichen Lage Käufer zu finden, werden von Mehdorn Abstriche gerne in Kauf genommen. Und der Eigentümer, die Bundesregierung, ist bereit, dies mitzumachen. Nun müssen es z.B. keine privaten Investoren mehr sein, staatliche Fonds aus China, Russland oder dem arabischen Raum werden als willkommene Geldgeber umworben.

Die Kanzlerin hat dies abgesegnet, die zuständigen SPD-Minister Tiefensee und Steinbrück haben keine Bedenken. Schade - die SPD hat mal wieder die Chance vertan, den Ausverkauf der Bahn zu stoppen.

Wir Jusos werden uns weiterhin für eine öffentliche Bahn engagieren. Falls Mehdorn nicht schnell Käufer für seine (eigentlich unsere!) Bahn findet, dann sehen die Chancen gar nicht so schlecht aus, den Bahnverkauf noch zu verhindern. In jedem Fall ist eine Diskussion über die Zukunft des Schienenverkehrs überfällig - weiter wie bisher kann es nicht gehen. Beim Bahn-Management ist die Eisenbahn schlecht aufgehoben und eine wirksame staatliche Kontrolle und Aufsicht findet seit Jahren nicht mehr statt. Dies muss angegangen werden.



AUSBILDUNGSNOT HERRSCHT WEITER

Staat muss handeln - Hoffen auf Unternehmen hilft nicht

Von Helene Sommer, stv. Juso-Landesvorsitzende



Nach Veröffentlichung der Ausbildungszahlen in diesem Jahr brach allseits große Euphorie aus – die Probleme der letzten Jahre schienen gelöst. Die Realität sieht nicht nur in Berlin ganz anders aus. In unserer Stadt gab es zu Ende des Berichtsjahres im September dieses Jahres 2.396 so genannte „unversorgte BewerberInnen“, junge Menschen die nach Ende ihrer Schulausbildung ohne Perspektive da standen. Das sind 2.396 zu viel und das ist immer noch ein gewaltiges Problem.

Von den zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen waren lediglich 58,8% betriebliche Stellen. Es bleibt festzuhalten, dass sich die Berliner Betriebe noch immer ihrer ureigenen Verantwortung entziehen, auszubilden. Statt dessen verlassen sie weiterhin auf den Staat, der immer mehr Geld in das System pumpt.

Der Mangel an Ausbildungsplätzen ist nicht der einzige Mangel unseres beruflichen Bildungssystems: Der jährlich erscheinende Ausbildungsreport der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

zeigt eindrucksvoll, dass die Ausbildungssituation in vielen Betrieben katastrophal ist: Die Ausbildungsvergütung ist häufig viel zu niedrig. Der Durchschnitt liegt bei 438,45 Euro pro Monat, davon kann kein Mensch gut leben. Und viele Jugendliche verdienen noch bedeutend weniger.

Für die Auszubildenden in Berlin ist eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden die Regel, 38 Stunden die Ausnahme. In 6,6% der Fälle wird die Berufsschulzeit nicht korrekt auf die Arbeitszeit angerechnet. Zudem machen 22,3% der vom DGB befragten Jugendlichen Überstunden, 15,7% ohne Ausgleich. Das ist nicht hinnehmbar! Auch bezüglich der Ausbildungsqualität zeigen sich erhebliche Probleme: In Berlin geben 15,5% der Azubis an, häufig oder immer ausbildungsfremde Tätigkeiten zu verrichten. Außerdem sagen 6,4% einE AusbilderIn sei nicht vorhanden, 12,6% der/die AusbilderIn erkläre selten oder nie etwas.

Des Weiteren zeigt der Ausbildungsreport, dass es erhebliche Benachteiligungen von weiblichen Auszubildenden gibt. Sie geben wesentlich häufiger als ihre männlichen Kollegen an, unausgeglichene Überstunden zu machen, von ihrer/m AusbilderIn nicht korrekt behandelt zu werden und ein schlechtes Betriebsklima vorzufinden.

Das sind erschreckende Zustände. Die freiwilligen Vereinbarungen mit der Wirtschaft haben

versagt. Die Betriebe müssen endlich wieder in die Verantwortung genommen werden, der Staat ist nicht für die Finanzierung der beruflichen Bildung verantwortlich. Wir Jusos Berlin fordern eine Ausbildungsplatzumlage. Jeder Betrieb, der nicht nach seinen Kapazitäten ausbildet, muss zahlen. Mit diesen Mitteln können dann vorbildliche Betriebe entlastet und qualitativ hochwertige außerbetriebliche Ausbildung finanziert werden.

Zudem ist eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung, von der die Jugendlichen auch leben können, notwendig. Und auch diejenigen, die in einer der vielen Formen von außerbetrieblicher Ausbildung beschäftigt sind, müssen angemessen bezahlt werden.

Gute Ausbildung ist nur qualitativ hochwertige Ausbildung. Um diesem Ziel ein Stück näher zu kommen muss die Bestimmung über die notwendigen Qualifizierungen der Ausbilderinnen und Ausbilder (Ausbildereinsparungsverordnung) wieder eingeführt werden.

Zudem müssen junge Frauen und andere strukturell benachteiligte Jugendliche wesentlich stärker gefördert werden, unabhängige AnsprechpartnerInnen und eine frühe geschlechtergerechte Berufsberatung sind dringend notwendig. Dafür werden sich die Jusos weiterhin einsetzen.

WENN DIE BUNDESWEHR

vor unseren Türen schützen soll...

Von André Dietzschke, Jusos Spandau

Es ist ein strahlend blauer Sommertag, der uns nur durch ein paar kleine und weiße Wolken hin und wieder die Sonne für einige Momente vorenthält. Die Entscheidung zum nächstliegenden See zu fahren ist schnell getroffen, und nachdem die notwendigen Sachen gepackt sind, geht es los. Kaum am U-Bahnhof angekommen, trifft man auf dem Bahnsteig auf zwei in Tarnkleidung verpackte und mit einem Maschinengewehr bereits in den Händen ausgestattete Personen. Den Blickkontakt vermeidend läuft man an den Bundeswehrsoldaten vorbei. Ein bedrückendes Gefühl macht sich in einem breit. Das Gefühl ist nicht unbekannt, denn man erlebt es täglich mehrmals. Seit Innenminister Schäuble Anzeichen für mögliche, aber bisher nicht eingetretene, terroristische Aktivitäten in Deutschland vorliegen, ist die Bundeswehr auf unseren Straßen im Einsatz. Man trifft Sie in Bussen, Bahnen, an Sehenswürdigkeiten und weiteren der vielen Orte wo sich Menschen treffen. Man begegnet ihnen bei Verkehrskontrollen und kommt mit ihnen in Berührung wenn Passkontrollen durchgeführt werden. Eine Unsicherheit macht sich mitten in der Gesellschaft breit.

Bisher ist dieses Szenario nur eine Fantasie. Sie scheint weit entfernt von der Gegenwart zu sein. Doch ist es wirklich so? Ist es wirklich nur eine weit entfernte Fantasie?

In Italien lässt die Regierung von - Ministerpräsident Silvio Berlusconi die Armee auf den Straßen patrouillieren. Sie gehen dort Streife, um die Straßen für die Bevölkerung sicherer zu machen. In weiteren europäischen Staaten ist der Einsatz der Armee auf den eigenen Straßen ebenfalls Realität. Und hier? Die CDU fordert seit Jahren die Öffnung des Grundgesetzes für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Bisher erlaubt das Grundgesetz den Einsatz der Streitkräfte nur bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen innerhalb der Bundesgrenzen.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Über ihren Einsatz entscheidet der Bundestag und somit die direkten Vertreter des Volkes. Die CDU schlug vor, dass präventiv auch ein einzelner Minister bzw. eine einzelne Ministerin den Einsatz der Bundeswehr befehlen können soll, und er anschließend die Zustimmung der Bundesregierung benötigt.

Die Vorstellung, dass die Bundeswehr als verlängerter Arm der Bundesregierung, ohne Kontrollmöglichkeit durch den Bundestag, auf unsere Straßen Ersatzpolizei sein kann, läuft einem schon kalt den Rücken herunter. Das Argument, dass die Bevölkerung dadurch besser geschützt wird, ist Augenwischerei. Denn eine Militarisierung der Gesellschaft führt nicht automatisch



zu mehr Sicherheit. Täglich sterben unzählige Menschen in Staaten, wo die Armee mit polizeilichen Aufgaben ausgestattet ist. Man muss nur in den Irak oder nach Afghanistan schauen.

Beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 wurden Tornado-Kampffjets und Panzer der Bundeswehr ohne Zustimmung des Bundestages gegen Demonstranten eingesetzt. Dieser fahrlässige Umgang mit der Demokratie ist nicht akzeptabel und zeigt, wie leichtfertig schon jetzt mit einer Möglichkeit umgegangen wird, die es hoffentlich nie geben wird.

Die Fantasie ist näher an der Gegenwart als uns lieb sein kann. Nur eine Grundgesetzänderung weit entfernt ist die Bundeswehr von unseren Straßen und davon, zum alltäglichen Leben von uns allen zu gehören.

LEMON TREE (ETZ LIMON)

Eine Filmkritik

Von Jan-Christopher Rämmer, stv. Juso-Landesvorsitzender



Israel/Deutschland/Frankreich 2007
- 100 Min. -Farbe - Panorama-
Eröffnungsfilm, Berlinale 2008 -
Regie: Eran Riklis. Mit Hiam Abbass,
Ali Suliman, Rona Lipaz-Michael,
Doron Tavorly u.a.

Nach seinem ausgezeichneten Film von 2004 "Die syrische Braut", ist der neue Film des israelischen Regisseurs Eran Riklis wieder ein Politik-kritisches absurdes Märchen. (Kriegs-) Schauplatz ist diesmal ein an der Grenze zu Israel liegender Zitronenhain, der zum Gegenstand des Kampfes von Menschenverstand gegen politische Macht wird. Es ist also wieder ein Film über die tragischen und absurden Auswirkungen, die politische Grenzen für das alltägliche Leben der Bewohner des Nahen Ostens haben.

Hauptprotagonisten des Films sind: Ein israelischer Verteidigungsminister mit seiner Frau und dem dahinter stehenden Sicherheitsapparat sowie deren neues Haus an der Grenze zur Westbank auf der einen Seite. Und eine un-nachgiebige, palästinensische Witwe, mit Unterstützung eines jün-

geren Anwalts und ihre geerbte Zitronenplantage auf der anderen Seite.

Was passiert? Der Herr Minister zieht mit seiner Frau in ein neues Haus direkt an der Grenze zum West-Jordanland. Die Aussicht von Terrasse stellt einen Sicherheitszaun samt Wachturm und

einen dahinter liegenden Zitronenhain dar. Und genau dieser Zitronengarten wird jetzt für die um des Ministers Sicherheit Bemühten zum Risiko, denn in ihm könnten sich Attentäter verstecken. Lösung: Abholzen. Eine Mauer im betonierten Sinne steht dort ja noch nicht.

Die Zitronen sind das ein und alles von Salma. Sie hat den Zitronengarten von ihrem Vater geerbt, pflegt ihn und lebt von ihm. Von eingelegten Zitronen, den Früchten selber und von Zitronenlimonade. Natürlich selbst gemacht, taucht diese immer wieder im Film auf. Gläser an denen gelbe Scheiben stecken, die mehr sagen als „trink mich“.

Salmas Mann ist verstorben, der Sohn in den USA und die Tochter mit ihrer eigenen Familie beschäftigt. Ihr Zitronenhain ist mittlerweile eingezäunt und der Zugang verwehrt. Blätter werden welk, die gelben Früchte faulen auf dem Boden. Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Anordnung des

israelischen Militärs zur Abholzung ihres Lebens erhält sie von dem jungen Anwalt Ziad. Er geht mit ihr den Weg über sämtliche Einspruchsinstanzen bis zum obersten Gerichtshof. Dass diese Verbindung immer wieder über eine geschäftliche Anwalt-Mandantinnen-Beziehung hinausgeht, ist dem Film nicht immer zuträglich. Stört aber auch nicht.

Stärke zieht dieser Film vor allem aus der Darstellung seiner Frauen. Allen voran natürlich Salma, aber auch die Frau des Ministers, Mira, wird eindringlich dargestellt. Gefangen im goldenen Käfig der Sicherheitsvorkehrungen für die Frau eines Verteidigungsministers. Einsamkeit auf beiden Seiten des Zaunes.

Insgesamt ein lohnenswerter Film. Schön ist die Darstellung alltäglicher Dinge am Rande. Eindringlich besonderes, welche Hindernisse bei diesen für uns in Mitteleuropa selbstverständlichen Dingen den Menschen im Weg liegen. Da ist mehr als die Grenze mit seinen Check-Points und unvorhersehbaren Öffnungszeiten. Gerade das Kopftuch-auf-Kopftuch-ab-setzen Salmas taucht immer wieder auf. Insgesamt werden mehrfach die Grenzen der Möglichkeit ihres Handelns, auch als verwitwete Frau in ihrer Gesellschaft, aufgezeigt.

Kein Film der Partei bezieht. Ein Film über (politisches) Handeln, das ein einfaches Gespräch wohl überflüssig gemacht hätte.

BRIGITTES NEUE FREUNDIN HEISST MISSY

Popkultur für Frauen ist auf dem Zeitschriftenmarkt angekommen

Von Corinna Schwetasch, stv. Juso-Landesvorsitzende

Ich habe die Spur aufgenommen irgendwo hier muss sie doch zu finden sein. Erster Versuch: Ein Zeitungsladen in einer Einkaufsmall. „Missy? Nee, kenn ich nich. Was solln das sein?“ „Na ja, so eine popfeministische Frauenzeitschrift, die is erst vor ein paar Wochen rausgekommen. Das ist die erste Ausgabe.“ „Nee, so was hamm wer nich.“ Gut, nächster Versuch. Nur ein paar Schritte weiter in einem U-Bahnhof.

Wo soll man so ein Magazin im Laden überhaupt suchen? Zwischen Chica und Jolie liegt die Missy im U-Bahnhofsladen nicht. Als Stylemagazin hätte sie bei den gängigen Politblättern nichts verloren. „Tschuldigung, ich such die Missy, das ist so eine...“ Weiter komme ich nicht. „Ja, ja klar, schau Sie hier“. Tatsächlich, direkt vor der Verkäuferin, quasi auf dem Präsentierteller des Ladens, liegt sie. „Sie ham Glück, das ist die Letzte.“

Damit ist meine Lektüre für die anstehende U-Bahn-Fahrt gesichert. Wobei ich nach dem Editorial schon zuklappen möchte. Da erklären die Autorinnen gleich zwei Mal, dass sie eine Zeitschrift geschaffen haben für Frauen, die wissen, dass sie „alles erreichen können und jetzt sofort damit anfangen müssen.“ Bitte nicht noch eine Story einer alleinerziehenden Superfrau, die sich mit einem „Business“ erfolgreich selbständig gemacht hat und mit ihrem neuen Modell-Freund täglich im Fitnessstudio joggt, wobei sie

nebenbei die Charity-Veranstaltung für Weihnachten oder Ostern per iPhone plant. Dass der Modell-Freund auch eine Lebenspartnerin sein könnte und es etliche Frauen gibt, die eine Existenzgründung wagen, weil sie alleinerziehend keinen qualifizierten Job finden oder sich der Schikane der Personaler großer Lebensmitteldiscounter aussetzen müssten, steht bei Brigitte und Freundin wohl kaum. Und hier könnte die Missy eigentlich ansetzen; im Editorial gehen die Autorinnen hingegen der oft formulierten Kritik am Pop-Feminismus auf den Leim, sich den strukturellen, diskriminierenden Gegebenheiten unserer Gesellschaft zu verschließen. Dabei muss diese Kritik bei einem zweiten Blick oft abgeschwächt werden, auch die „Alphamädchen“ kämpfen gegen ungerechte gesellschaftliche Strukturen, die Frauen und Männer in bestimmte Klischees drängen und damit in ihren individuellen Lebensgestaltung einengen.

Bei der Missy lohnt der zweite Blick ebenfalls. Ob der Bericht über die beiden schwarzen lesbischen Rapperinnen Yo Majesty, der Artikel über Genitalverstümmelung in Burkina Faso oder der Tipp einer Kommunikationstrainerin, wie man sich gegen Leute wehrt, die einem ständig ins Wort fallen – Textstil und Layout sind angenehm unaufgeregt und klar, kein Plüsch und Kitsch drum herum. Im Bereich Edutainment werden ausschließlich Platten und Bücher von Frauen besprochen, alle vorgestellten Filme



zeigen unterschiedliche Blickwinkel auf Frauenleben. Styletechnisch wird hier nicht dargestellt, welche Lippenstiftfarbe einen durch einen „fröhlichen“ Februar bringt, der Missy-Beauty-Tipp besteht aus einer Bastelanleitung für einen Bart.

Hätten die Macherinnen auf das Editorial, das Backrezept und die Strickanleitung für ein Kuschtier verzichtet, das aussieht wie eine Mischung aus Eisbärbaby und Lurch, ich hätte die Missy sofort abonniert. So habe ich (noch) nicht unterschrieben. Sicher ist aber, dass ich im Frühjahr 09 wieder im U-Bhf-Zeitungsladen stehen und mir eine Missy vom Präsentierteller genehmigen werde.

www.missy-magazine.de

AK INTERNATIONALES

Ein wenig erinnert Berlin manchmal an das globale Dorf, mit dem der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan einmal die Welt beschrieben hat: Das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedenster Kulturen und Abstammungen, verschiedener Religionen und Geschlechter. Natürlich wissen wir alle, dass dieses friedliche Zusammenleben in Berlin genauso wenig funktioniert wie auf globaler Ebene. Die internationale Politik beruht nach wie vor auf nationaler Interessenspolitik. Unser Anspruch fußt dagegen auf dem solidarischen Miteinander aller Völker. Darum

beschäftigen wir uns im AK Internationales mit den drängenden Fragen der internationalen Beziehungen wie Krieg und F r i e d e n , g l o b a l e Verteilungsgerechtigkeit um Wohlstand und Ressourcen, die weltweite Durchsetzung von Menschenrechten und die zukünftige Rolle internationaler Institutionen wie der UNO. Der AK Internationales sieht sich dabei als eine Art Denkfabrik innerhalb des Landesverbandes. Gemeinsam wollen wir verbandsintern mehrheitsfähige Ideen und Positionen zu internationalen Themen entwickeln, mit denen die Jusos Berlin nach

außen in Erscheinung treten können. Außerdem versuchen wir Aktionen und Veranstaltungen im Verband zu bündeln und zu koordinieren. In diesem Jahr liegt unser Schwerpunkt beim Thema Frieden. Wir treffen uns immer am zweiten Montag des Monats um 19.00 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus Müllerstr. 163 im Wedding und freuen uns auf euer Kommen!?

Kontakt Christian Egner:
christian-egner at gmx.de

Daniela Schacht: daniela-
schacht at gmx.de

EUROPA AG

Die Europa-AG des Landesverbandes der Jusos Berlin trifft sich seit 2005 unter Leitung von Katja Lass-Lennecke jeden 3. Montag im Monat um 19 Uhr, um über europapolitische Themen zu diskutieren. Willkommen sind alle an EU-Themen interessierten Studierenden, Auszubildenden und junge Berufstätige sowie auch Neumitglieder der Jusos. Europathemen sind eben ein großer Magnet für junge Menschen.

Die Themen der AG orientierten sich in den letzten zwei Jahren am Leitbild des „Sozialen Europa“, das europaweite Solidarität, G e r e c h t i g k e i t u n d

Chancengleichheit für alle anstrebt. Die AG diskutierte dazu z.B. über menschen(un)gerechte Arbeit für junge Menschen im EU-weiten Arbeitsmarkt, Spielräume und G r e n z e n d e r Arbeitnehmervertretung auf EU-Ebene, Soziale Verantwortung von transnationalen Konzernen und die Handlungsspielräume von Staaten/der EU und brachte ihre Ideen in Form von Anträgen im Berliner Landesverband ein.

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten in der kommenden Zeit wird der Europawahlkampf für das Europäische Parlament im Sommer 2009 sein, wenige Monate vor der

Bundestagswahl. Geplant sind öffentliche Diskussions-Veranstaltungen, u.a. mit der Berliner Kandidatin Dagmar Roth-Behrendt, Infoveranstaltungen und ein breiter Auftritt im Internet. Die Europa AG wird die Positionen der Jusos transportieren und versuchen, neue Mitglieder zum Mitmachen zu gewinnen. Dazu dient auch die Vernetzung mit den SPE-Aktivisten und die Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss Europa der SPD Berlin.

Mehr Infos und Kontakt unter:
<http://www.jusosberlin.de/arbeitsreise/europa.html>

Wer? Wann? Wo?

Kontakt Daten und Termine der Kreise und Arbeitsgruppen:

Arbeitskreise

AK Internationales

Kontakt: Christian Egner (christian-egner@gmx.de), Daniela Schacht (danielaschacht@gmx.de)

Treffen: Jeden 2. Montag im Monat im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163 (S+U Wedding)

Abweichende Termine und Treffen werden über die E-Mail Verteiler der Jusos Berlin bekannt gegeben.

Europa-AG

Kontakt: Katja Lass-Lennecke (katja.lass@web.de)

Treffen: Jeden 3. Montag im Monat um 19:00 Uhr. Ort bitte erfragen!

AG Bildung

Kontakt: Anne Meyer (23zwerge@gmx.net), Lars Grajewski (Lars.Grajewski@gmx.de), Sabrina Schmidt (sabrinaalexandraschmidt@googlemail.com)

Treffen: Jeden 1. Dienstag im Monat um 19:00 Uhr bei der GEW, Ahornstr. 5 (U Nollendorfplatz)

Jusos SchülerInnen

Kontakt: Kevin Kühnert (kevin.kuehnert@lycos.de)

Treffen: wechselnde Orte und Zeiten, bitte erfragen!

AK Antifa

Kontakt: Clara Luhr (claraluhr@googlemail.com), Martin Hikel (martin_hikel@web.de)

Treffen: regelmäßig Montags, wechselnde Orte und Zeiten, bitte erfragen!

Simones/Frauennetzwerk

Kontakt: Corinna Schwetasch (coricora@gmx.de)

Treffen: im monatlichen Wechsel mit der AG Geschlechterverhältnisse, wechselnde Orte und Zeiten, bitte erfragen!

AG Geschlechterverhältnisse

Kontakt: Corinna Schwetasch (coricora@gmx.de)

Treffen: im monatlichen Wechsel mit den Simones, wechselnde Orte und Zeiten, bitte erfragen!

AK Integration

Kontakt: Aziz Bozkurt (aziz.bozkurt@jusosberlin.de)

Treffen: wechselnde Orte und Zeiten, bitte erfragen!

Juso-Hochschulgruppen

Kontakt: <http://www.hochschuljusos-berlin.de>

Kreisverbände

Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Homepage: www.jusos-xhain.de

Kontakt: Andreas Bodemer (andreas.bodemer@web.de), Daniela Kaya (daniela.kaya@stud.uni-erfurt.de)

Treffen: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, alternierend in Friedrichshain und Kreuzberg. Ort bitte erfragen!

Jusos Mitte

Homepage: www.jusos-mitte.de

Kontakt: Christian Egner (christian-egner@gmx.de)

Treffen: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, U+S Wedding. Abweichende Termine werden per E-Mail und auf der Homepage bekannt gegeben.

Jusos Nordost

Homepage: www.jusos-nordost.de

Kontakt: Anna Howind Moreno (anna.howind@web.de), Julia Römer (julia.roemer@web.de) und Philipp Kramp (philipp.kramp@gmx.de)

Treffen: Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr in der Kiezkantine in der Oderbergerstraße 50 (M1, U2 Eberswalder Straße)

Jusos Reinickendorf

Homepage: www.jusos-reinickendorf.de

Kontakt: Alexander Ewers (alexander@jusos-reinickendorf.de)

Treffen: Am 2. und letzten Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr im Kreisbüro der SPD Reinickendorf, Waidmannslust Damm 149, 13469 Berlin (S Waidmannslust, Bushaltestelle „Dianaplatz“)

Jusos Spandau

Homepage: www.jusos-spandau.de

Kontakt: Florian Dieckmann, Madeleine Kempf, Robert Oppenheim, Amal Samhat, Helene Sommer (vorstand@jusos-spandau.de)

Treffen: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Kreisbüro der SPD Spandau, Bismarckstraße 61 in 13585 Berlin.

Jusos Tempelhof-Schöneberg

Homepage: www.jusos-tempelberg.de

Kontakt: Anita Tiefensee, anita.tiefensee@gmx.de

Treffen: Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 19 Uhr im Rathaus Schöneberg, Raum 2047 (U4 Rathaus Schöneberg, U7 Bayerischer Platz)

Jusos Steglitz-Zehlendorf

Homepage: www.jusos-suedwest.org

Kontakt: Clara Luhr (clara.sophie@hotmail.de), Hannah Meyer (hannah.k.meyer@googlemail.com), Tom Pröstler (tcpoestler@web.de), Malte Clausen (malte.clausen@googlemail.com), Mark Schmitz (schmitz.mark@spd-online.de)

Treffen: Jeden Monat 2 Treffen, jeden 2. Montag, 19.30 Uhr im Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61 (U Dahlem Dorf) oder Bürgerbüro Klaus-Uwe Benneter, Schildhornstr. 91 (U Schloßstr.).

Jusos Neukölln

Homepage: www.jusosneukoelln.de

Kontakt: Michael Feldner (Feldner_Michael@hotmail.com) oder info@jusos-neukoelln.de

Treffen: Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr im Kreisbüro der SPD Neukölln (Sonnenallee 124)

Jusos Treptow Köpenick

Homepage: www.jusos-treptow-koepenick.de

Kontakt: Lars Düsterhöft (lars.duesterhoeft@freenet.de)

Treffen: Jeden Monat 2 Treffen immer freitags. Das erste Treffen findet meistens am 1. Freitag im Monat in der Eisenstraße 6 (beim Mobilien Pflegedienst) statt. Alle Termine sind auf der Homepage nachzulesen.

Jusos Marzahn-Hellersdorf

Homepage: www.jusos-mh.org

Kontakt: Konrad Fonfara (fonfara@spd-fraktion.net)

Treffen: 1. und 3. Freitag im Monat, Ort bitte erfragen.

Jusos Lichtenberg

Homepage: www.jusos-lichtenberg.de

Kontakt: Anne Meyer (23zwerge@gmx.net) und Stefan Unger (stefan_unger@gmx.de)

Treffen: Jeden 4. Mittwoch im Monat um 18.30 im SPD-Kreisbüro Lichtenberg (Rathausstr. 7)

Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

Homepage: www.jusos-cw.de

Kontakt: Marie Schwarz (Marie@jusos-cw.de), Robert Wolf (Robert@jusos-cw.de), Johannes Reichersdörfer (Johannes@jusos-cw.de)

Treffen: Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Kinderladen Aventura, Nikolsburger Platz 6 in Wilmersdorf (U9 Güntzelstr.)



Linkswende 09 ist ein Kongress der Jusos und der Juso-Hochschulgruppen.

LINKSWENDE 09

Der Kongress.

6. - 8. Februar 2009

Humboldt-Universität Berlin. Ein Kongress. 600 junge, politikbegeisterte Menschen. 2 Podiumsdiskussionen, 4 Konferenzen, 16 Workshops und eine lange Nacht der Kultur.

Über die gespaltene Gesellschaft diskutiert **Gesine Schwan** mit dem "Wirtschaftsweisen" **Peter Bofinger**. Die Frage nach der Zukunft der Bildung stellen der ehemalige Kulturstatsminister **Prof. Julian Nida-Rümelin** und die sächsische Wissenschaftsministerin **Eva-Maria Stange**. Wir diskutieren, welche Gültigkeit Menschenrechte heute weltweit haben. Ist Europa der Ausweg aus der Globalisierungsfalle? Antworten darauf findet der Europäer **Martin Schulz**.

Sei dabei bei den vielen Workshops: "Schäuble bei mir zu Hause? Is' nicht!" mit dem **Chaos Computer Club**, "Was bleibt von Marx" mit **Michael R. Krätke**, "Kann Feminismus sexy sein?" mit **Vera Schröder**, "Antisemitismus: Neue Verpackung, alter Inhalt?" mit **Matthias Küntzel** oder "Energiewende von links" mit **Astrid Klug**.

Alle Infos zum Programm und zur Anmeldung findest du im Internet unter www.linkswende09.de

Jetzt anmelden:
www.linkswende09.de